

Berlin, 20.11.2014

Presse-Handout

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Mitte-Studie der FES zeigt Rückgang rechtsextremer Einstellungen / Gleichzeitig Verlagerung in subtile Formen rechtsextremen und menschenfeindlichen Denkens / Deutlicher Anstieg des Antisemitismus zwischen Juni und September 2014

Unter dem Titel „Fragile Mitte- Feindselige Zustände“ erscheint am 20.11.2014 im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird seit 2002 vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld untersucht. Die daraus resultierende zehnbändige Reihe der „Deutschen Zustände“ und die Reihe der seit 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zweijahresrhythmus in Auftrag gegebenen Mitte-Studien zu rechtsextremen Einstellungen wird in Form des vorliegenden Buches zusammengeführt. Es beschreibt auf Basis einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2014 die gesellschaftlichen Bruchstellen einer fragilen Mitte.

Andreas Zick / Anna Klein: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Mit Beiträgen von Eva Groß, Andreas Hövermann und Beate Küpper. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer; Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2014. ISBN: 978-3-8012-0458-7; € 9,80 € im Buchhandel

Datengrundlage der repräsentativen Umfrage 2014:

- Telefonische Befragung (CATI) von 1.915 repräsentativ ausgewählten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; Befragungszeitpunkt: Juni bis August 2014; Nachbefragung Antisemitismus: September 2014
- Durchführung: Sozialwissenschaftliches Umfrageinstitut GmbH (SUZ), Duisburg
- Daten von insgesamt 1.007 Frauen (52,6 %) und 905 Männern (47,3 %)
- Alter der Befragten: 16 – 95 Jahre; Altersdurchschnitt: 49,9 Jahre

Projektleitung: Prof. Dr. Andreas Zick, Dr. Anna Klein

Koordinatorin: Eva Groß, Telefon: (0521) 106 – 3056; eva.gross@uni-bielefeld.de

Pressekontakte:

Prof. Dr. Andreas Zick (IKG): 0172 1728852

Dr. Ralf Melzer (FES): 0172 2366138

Wesentliche Trends

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland sind im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgegangen. Die Zustimmung zum Gesamtindex rechtsextreme Orientierung liegt 2014 bei 2,4% (Gesamt) bzw. bei 2,5% (Ost) und 2,3% (West). Allerdings sind die Befragten, die national-chauvinistischen (12%) oder ausländerfeindlichen (7,5%) Meinungen zustimmen, noch fest in der Mitte der Gesellschaft verankert. Ferner äußern immerhin 10% Zustimmung zu der Aussage, der Nationalsozialismus hätte auch seine guten Seiten gehabt. Befragte aus den neuen Bundesländern stimmen 25 Jahre nach Mauerfall stärker rechtsextremen Ideologieelementen zu als Befragte der alten Bundesländer. Jüngere (16 – 30jährige) und ältere Befragte (über 60jährige) zeigen tendenziell stärker rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen als die mittlere Altersgruppe. Dass die Befürwortung rechtsextremer Einstellungen deutlich mit einer höheren Gewaltbilligung und –bereitschaft einhergeht, kann auch 2014 nachgewiesen werden.

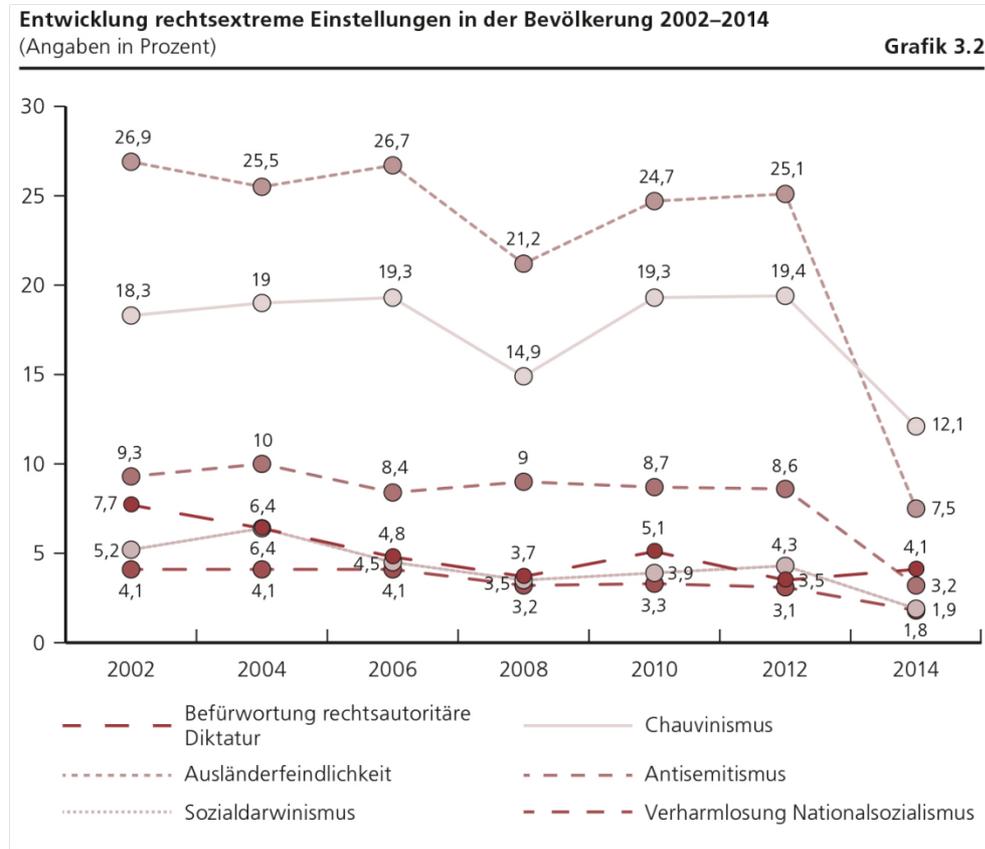
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ebenfalls rückläufig, bleibt aber in allen Teilen der Gesellschaft weit verbreitet. Dies drückt sich auch in abweisenden Orientierungen gegenüber sozialen Gruppen aus. Sehr stark verbreitet sind die Zustimmungen zu vorurteilsgeleiteten Auffassungen gegenüber asylsuchenden Menschen (44%), Sinti und Roma (27%) sowie Muslimen (18%). Die Befürwortung von Etabliertenvorrechten nimmt gegenläufig zum Gesamttrend zu. Antisemitismus ist tendenziell rückläufig, allerdings ist er in Form des sekundären und des israelbezogenen Antisemitismus sowie in Gestalt NS-relativierender Israelkritik stark verbreitet. Klassischer Antisemitismus steigt zwischen Juni und September 2014 signifikant an.

Rechtsextreme und menschenfeindliche Orientierungen gehen mit Zweifeln an Demokratie und negativen Haltungen gegenüber der EU einher. Ebenso auffällig verbreitet ist ein marktförmiger Extremismus, der Wettbewerb und Fortschritt höher bewertet als Solidarität und Gleichwertigkeit. Insbesondere Sympathisantinnen und Sympathisanten der AfD zeigen auffällig hohe Zustimmungen zu diesem marktförmigen Extremismus und fühlen sich gleichzeitig erheblich stärker bedroht als der Bevölkerungsdurchschnitt. Sie ähneln in ihren Einstellungen den Nicht-Wählern, v.a. im Hinblick auf Menschenfeindlichkeit und negativen Haltungen gegenüber der Demokratie. Darüber hinaus weisen die politischen Einstellungen der AfD-Sympathisanten im Vergleich zur Gesamtstichprobe einen erhöhten Chauvinismus und eine stärkere Verharmlosung der NS-Zeit auf: Nach jenen, die die NPD präferieren, zeigen sich in der AfD-Anhängerschaft die zweihöchsten Zustimmungswerte zu Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auch die Abwertung von Homosexuellen und die generelle Kritik an Politikern ist überdurchschnittlich, ebenso die Befürwortung von Etabliertenvorrechten. Eine Anti-Europa-Haltung ist deutlicher ausgeprägt als bei anderen.

Ein Teil der Zustimmungen zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen geht mit einer unklaren Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus als gesellschaftlichem Problem einher. Zwar nehmen die Befragten eine deutliche Bedrohung durch den Rechtsextremismus wahr (fast 87%). Zugleich aber sind 52% der Meinung, dass Rechtsextremismus in den Medien hochgekocht werde. Jede/r zweite Befragte (49%) meint, es wäre am besten, die Rechten gar nicht zu beachten.

Ergebnisse im Einzelnen

1. Rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung



Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen bei Ost- und Westdeutschen (Angaben in Prozent) Tabelle 3.1.2

	Gesamt	West (n = 1.483)	Ost (n = 385)
Befürwortung Diktatur	4,1	4	4,9
Chauvinismus	12,1	11,8	13,3
Ausländerfeindlichkeit	7,5	6,8	10,6
Antisemitismus	3,2	2,9	4,3
Sozialdarwinismus	1,9	1,2	3,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,8	1,7	1,8

- Rechtsextreme Einstellungen sind im Vergleich zum Jahr 2012 in allen Teilen des Landes, deutschlandweit auch langfristig seit 2002, zurückgegangen. Dagegen war noch bis 2012 für den Osten Deutschlands ein dramatischer Anstieg (Verdopplung seit 2002) zu verzeichnen gewesen.
- Nach wie vor finden wir eine weite Verbreitung insbesondere chauvinistischer und ausländerfeindlicher Einstellungen.

- Rechtsextreme Einstellungen finden wir auch bei Personen, die sich in der politischen Mitte verorten.
- Rechtsextreme Einstellungen sind in der sozioökonomischen Mitte am wenigsten verbreitet, was das Schrumpfen eben dieser sozioökonomischen Mitte besonders problematisch macht.
- Rechtsextreme Einstellungen sind eng mit Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung verbunden. Auch zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen der Wahlintention für Parteien der extremen Rechten und rechtsextremen Einstellungen.

2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland und differenziert nach Ost- und West (Angaben in Prozent) **Tabelle 4.3.1**

	Gesamt (n = 1.915)	West (n = 1.483)	Ost (n = 385)
Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen	47,8	46,3	55,4
Rassismus	8,7	8,1	11
Fremdenfeindlichkeit	20	18,2	26,9
Antisemitismus	8,5	7,8	11,6
Abwertung behinderter Menschen	4,1	4	4
Abwertung homosexueller Menschen	11,8	10,5	15,3
Abwertung wohnungsloser Menschen	18,7	17,1	22,9
Etabliertenvorrechte	38,1	37,6	41,6
Sexismus	10,8	10,9	10,2
Abwertung asylsuchender Menschen	44,3	42,4	52,8
Abwertung von Sinti und Roma	26,6	24,5	35,1
Islamfeindlichkeit	17,5	16	23,5

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) ist in der Gesellschaft und deren Teilgruppen weit verbreitet. Einigen Facetten, wie der Abwertung von langzeitarbeitslosen und asylsuchenden Menschen, stimmt fast die Hälfte der Deutschen zu.
- Im Jahr 2014 finden wir im Vergleich zum Jahr 2011 bei vielen Facetten von GMF einen Rückgang, etwa beim Rassismus, bei der Fremdenfeindlichkeit oder bei der Islamfeindlichkeit. Andere Facetten wie Antisemitismus und die Abwertung von Menschen mit Behinderung bleiben im Vergleich mit 2011 annähernd konstant. Die Einforderung von Etabliertenvorrechten steigt signifikant an.

Zustimmungen und Ablehnungen von Aussagen zu verschiedenen Facetten des Antisemitismus in 2004, im Juni 2014 und im September 2014
(Angaben in Prozent)

Tabelle 4.2.1

Ich stimme ... →		... über- haupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu
Klassischer Antisemitismus					
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	2004	43,6	34,9	10,9	6,3
	Juni 2014	63,4	23	8,5	5,2
	Sept. 2014	60	24,7	8,8	6,5
Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mit schuldig.	2004	50,4	32,2	11,1	6,3
	Juni 2014	71,7	17,9	7,4	3
	Sept. 2014	58,6	23,4	12,3	5,7
Sekundärer Antisemitismus					
Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.	2004	11,9	19,8	23,8	44,5
	Sept. 2014	28,6	16,5	25,4	29,6
Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.	2004	14,6	23,2	20,9	41,3
	Sept. 2014	30	21,2	21,4	27,4
Israelbezogener Antisemitismus					
Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	2004	23,1	45,2	19,1	12,6
	Sept. 2014	51,6	28,4	14	6,1
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.	2004	18,9	36,8	28,9	15,5
	Sept. 2014	39,9	32,3	21,6	6,3
NS-vergleichende Israelkritik					
Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.	2004	7,6	24	33,2	35,1
	Sept. 2014	25,9	34,2	25,5	14,4
Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.	2004	18,8	30	23,9	27,3
	Sept. 2014	48,6	24,2	16,6	10,5
Israelkritische Einstellung					
Ich werde wütend, wenn ich daran denke, wie Israel die Palästinenser behandelt.	2004	4	14,2	37,5	44,4
	Sept. 2014	16,6	23,6	30,1	29,7
Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt.	2004	3,9	10	34,5	51,5
	Sept. 2014	12	19,4	33	35,6

- Durch die zusätzliche Befragung im September 2014 wird deutlich, dass Antisemitismus in Deutschland besonders in Form des sekundären und des israelbezogenen Antisemitismus und in Gestalt NS-relativierender Israelkritik verbreitet ist.
- Der klassische Antisemitismus nimmt im Vergleich zu 2004 ab, allerdings nimmt er zwischen Juni und September 2014 – also nach dem Beginn des Gaza-Einsatzes – in der dann gezogenen Stichprobe wieder zu. Besonders deutlich ist der Anstieg in der Zuschreibung einer Mitverantwortung an der Verfolgung von Juden, bei der die

Zustimmung nun knapp über dem Wert von 2004 liegt (allerdings statistisch nicht signifikant).

- Noch stärker als die traditionelle Facette findet im September 2014 der sekundäre Antisemitismus Zuspruch. Knapp über 55% der Befragten tun ihren Ärger darüber kund, dass »den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden«. Und noch immer meint fast die Hälfte der Befragten, dass sie es leid seien, »immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden« zu hören.
- Auch der Zuspruch zum israelbezogenen Antisemitismus ist im Vergleich zu 2004 geringer geworden, aber er liegt mit über 20% der Befragten relativ hoch und deutlich über dem klassischen Antisemitismus.
- Noch stärker ausgeprägt ist der Vergleich des israelischen Handelns mit den Verbrechen der Nationalsozialisten. Fast 40% meinen, dass Israel einen »Vernichtungskrieg« führe, und mehr als jeder vierte Befragte sieht sogar Parallelen zwischen dem staatlichen Handeln Israels und dem Handeln der Nazis.
- Weit über die Hälfte der Befragten äußert im September 2014 eine klare Israelkritik, die sich keiner antisemitischen Stereotype oder Bilder bedient. Interessant ist dabei aber, dass die israelkritischen Einstellungen mit der Meinung korrelieren, dass Israel »einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« führe (.33***). Das heißt, die Israelkritik, die scheinbar keinen direkten Bezug zum Antisemitismus hat, geht bei einigen Befragten dennoch mit einer hohen Wahrscheinlichkeit einher, einer antisemitischen Aussage zuzustimmen. Hier deutet sich eine Entdifferenzierung von Antisemitismus und Israelkritik an.

3. Einstellungen zur Demokratie

Zustimmung zu unterschiedlichen Varianten der Demokratiekritik
(Angaben in Prozent)

Tabelle 5.1

Ich stimme ... →	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung insgesamt
Demokratiezweifel: »Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht«	37,6	35,5	73,1
Demokratiemissachtung durch politische Eliten: »Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger«	30,6	45	75,6
Demokratieermäßigung: »Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik«	37,1	37,5	74,6
Demokrati vernachlässigung: »Gegen soziale Missstände wird in Deutschland zu wenig protestiert«	30,3	43,8	74,1
Demokratieaushöhlung: »Der Staat schränkt die Freiheit der Bürger mehr und mehr ein«	29,2	27,2	56,4

- Grundsätzliche Zweifel an der Funktionsfähigkeit von Demokratie und Misstrauen in politische Eliten sind weit verbreitet. Als problematisch im Hinblick auf ein demokratisches Grundverständnis erscheint die hohe Zustimmung zum Primat der Wirtschaft sowie insbesondere die Meinung, dass der Staat die Freiheit der Bürger immer mehr einschränke.

- Die Analysen zeigen, dass die Facetten einer generellen negativen Kritik an der Funktionsfähigkeit der Demokratie mit höherer Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, höherer Gewaltakzeptanz und geringerer Partizipationsbereitschaft einhergehen.

4. „Marktförmiger Extremismus“

Ablehnung und Zustimmung zum marktförmigen Extremismus, nach subjektiver Schichtzugehörigkeit
(Angaben in Prozent) Tabelle 6.1

Anteil ... →		Gesamtverteilung			Zustimmung nach subjektiver Schichtzuordnung		
		Ablehnung (»1« & »2«)	Mittelkategorie (»3«)	Zustimmung (»4« & »5«)	Zustimmung Unten	Zustimmung Mitte	Zustimmung Oben
Unternehmerischer Universalismus	Wer nicht bereit ist, was Neues zu wagen, der ist selber schuld, wenn er scheitert.	14,70	23,30	62,10	51,80	62,40	67,30
	Wer keine Ideen hat, wie er sich gut verkaufen kann, der ist selber schuld wenn er scheitert.	28,50	34,00	37,50	37,40	36,90	44,80
	Wer sich nicht selbst motivieren kann, der ist selber schuld, wenn er scheitert.	21,00	23,00	56,00	36,60	55,30	61,90
Wettbewerbsideologie	Der Schlüssel zum Erfolg ist, besser als die Anderen zu sein.	19,20	24,00	56,80	59,20	56,40	58,60
	Fortschritt gibt es nur durch Wettbewerb.	14,80	23,40	61,80	56,10	62,30	63,30
Ökonomistische Werthaltungen	Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten.	71,60	17,50	10,90	17,60	10,10	14,30
	Menschliche Fehler können wir uns nicht mehr leisten.	59,20	23,40	17,50	30,70	16,10	20,30

- Mit marktförmigem Extremismus bezeichnen wir eine Weltsicht (Überzeugung), die davon geprägt ist, das eigene Selbst einem unternehmerischen Universalismus zu unterwerfen, die den Wettbewerb überbetont und menschliche Fehler unverzeihlich findet.
- Die Angst der Bürger_innen, dass sich durch die Eurokrise ihr Lebensstandard verschlechtern und ihre Ersparnisse in Gefahr sein könnten, geht stark mit einem marktförmigen Extremismus einher.
- Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) scheint diese Verbindung aus Bedrohungsängsten und marktförmigem Extremismus als politisches Sprachrohr zu kanalisieren: Personen, die mit den Ideen der AfD sympathisieren, fühlen sich erheblich stärker bedroht und vertreten signifikant stärker marktförmigen Extremismus als der Durchschnitt der Bevölkerung. Beide Einstellungsmuster gehen zudem miteinander einher.
- Extremes Effizienzdenken überschneidet sich mit einer Befürwortung rechtsextremer Aussagen. Dies gilt insbesondere für Befragte, die mit den Ideen der AfD sympathisieren. Besonders stark zeigt sich diese Verbindung in den Gruppen der AfD-Sympathisanten und der Bedrohten, und zwar vor allem für den Sozialdarwinismus: AfD-Sympathisanten und bedrohte Personen, die marktförmigem Extremismus zustimmen, vertreten auch besonders stark die Meinung, dass sich – wie in der Natur – auch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen sollte, dass es wertvolles und unwertes Leben gäbe und dass die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen seien.

5. Einstellungen zu Europa

Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen bei Befragten mit positiver und mit negativer Haltung zur EU

(Angaben in Prozent)

Tabelle 7.5.1

	Rechts- autoritäre Diktatur	Verharm- losung NS	Natio- naler Chauvi- nismus	Auslän- derfeind- lichkeit	Antisemi- tismus	Sozial- darwinis- mus
Keine negative Haltung zur EU	1,5	0,4	2,8	2,1	0,0	1,3
Negative Haltung zur EU	6,5	2,9	19,1	12,9	7,6	3,7
Keine positive Haltung zur EU	6,3	3,8	15,2	12,1	5,7	1,7
Positive Haltung zur EU	3,0	0,9	8,6	5,5	2,7	2,6

- 76% der Befragten haben eine positive Haltung zur EU. Gleichzeitig fordert aber auch fast die Hälfte – nämlich 45% – eine stärkere Rückbesinnung auf Deutschland. Fast ein Viertel der Befragten ist der Ansicht, Deutschland wäre ohne die EU besser dran.
- Es sind vor allem bildungs- und einkommensschwächere Befragte, die eine EU-kritische Haltung äußern. Sie machen sich Sorgen um Verluste für den deutschen Steuerzahler angesichts der Wirtschaft- und Finanzkrise in der EU.
- Wer eine EU-kritische Haltung an den Tag legt, vertritt zugleich mit einer größeren Wahrscheinlichkeit politische Positionen aus dem rechten Spektrum. So positionieren sich diese Befragten selbst eher rechts oder ganz rechts, sind nationalistisch eingestellt, zweifeln eher an der Demokratie mit ihren mühseligen Aushandlungsprozessen und fühlen sich zugleich eher politisch machtlos. Bekennende Wähler der AfD und jene, die schon einmal mit dem Gedanken gespielt haben, die AfD zu wählen, sind ebenso wie die Nichtwähler deutlich EU-kritischer eingestellt.
- Eine EU-kritische Haltung geht dabei nicht nur mit einem negativeren Bild von den europäischen Nachbarn – insbesondere den Griechen – einher. Auch gegenüber potentiell schwächeren Gruppen innerhalb Deutschlands – zum Beispiel Einwanderern, Muslimen und langzeitarbeitslosen Menschen – ist die Tendenz zur Abwertung ausgeprägter.
- Eine EU-kritische Haltung geht insgesamt mit menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen Hand in Hand, und wer in diesem Sinne eine Rückbesinnung auf Deutschland fordert, empfindet gegenüber dem Rechtsextremismus weniger Handlungsbedarf.

6. Zivilcourage – die Wahrnehmung des Rechtsextremismus

Formulierung der Fragen zur Wahrnehmung des Rechtsextremismus
(Angaben in Prozent)

Tabelle 3.4.1

Ich stimme ... →	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu
Wahrnehmung				
Ich finde es bedrohlich, wenn der Rechtsextremismus zunimmt.	5,9	7,3	13,3	73,4
Interpretation				
Der Rechtsextremismus wird in den Medien hoch gekocht.	21,8	25,8	28,4	24
Verantwortungsübernahme				
Ich fühle mich persönlich verantwortlich etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun.	24,9	24,1	29,1	21,9
Strategien des Eingreifens				
Es ist am besten, die Rechten gar nicht zu beachten.	30,4	20,9	20,2	28,5
Entscheidung zur Aktivität				
Gegen den Rechtsextremismus muss man dringend etwas unternehmen.	6	12,3	26,2	55,5

- Der Rechtsextremismus wird von den meisten Befragten als Problem wahrgenommen, aber wenn es darum geht, ihn zur Sache der Medien zu machen, oder die Option besteht, ihn einfach zu ignorieren, wird das Bild brüchig.
- Die Analysen zeigen sehr deutlich, dass insbesondere Bürger_innen, die die EU negativ sehen, den Rechtsextremismus als soziales Problem weniger gefährlich finden.